Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolfing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreis im Monat Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.— ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Text-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 16 | Montag, den 16. Januar 1933 | Jahrgang 1933

Die Wahl in Lippe.

NSDAP. bleibt hinter der Stimmenzahl vom Juli zurück.

Schwierige Regierungsbildung.

— Detmold, 15. Januar.

Nach dem amtlichen Ergebnis der heutigen Landtagswahl erhielten:

		Reichstagswahl		Landtagswahl
		6. 11. 32	31. 7. 32	6. 1. 29
SPD	29 734	25 782	30 508	31 540
DVP	4 352	3 628	2 220	10 054
DNVP	5 923	9 414	8 679	9 576
Lipp. Landv.	700	510		6 412
KPD	11 026	14 601	10 002	4 987
Staatsp.	828	558	886	4 497
NSDAP	38 844	33 038	42 252	2 713
Zentrum	2 531	2 459	3 402	2 313
Ev. Volksd.	4 510	4 079	3 650	

Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

SPD	7	bisher 9
DVP	1	3
DNVP	1	3
Lipp. Landv.	0	1
KPD	2	1
Staatsp.	0	1
NSDAP	9	1
Zentrum	0	0
Ev. Volksd.	1	0

*

Gegen die letzte Landtagswahl verloren die Sozialdemokraten rund 1500 und 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei 5800 Stimmen und 2 Mandate, ebensoviele die Deutschnationale Volkspartei; vom Lippischen Landvolk ist nur ein kleiner Rest ohne Mandat geblieben, ebenso steht es bei der Staatspartei. Die Nationalsozialisten haben den erwarteten Mandatszuwachs von 1 auf 9 erhalten; die KPD., die sich seit 1929 fast verdreifacht hat, gewinnt 1 Mandat; außerdem zieht noch der Evangelische Volksdienst mit einem Abgeordneten zum ersten Male in den Landtag ein. Bei der letzten entscheidenden Abstimmung im Landtag bildeten die Mehrheit die Sozialdemokraten und die beiden Abgeordneten der Volksrechtspartei und der Staatspartei, während die Deutsche Volkspartei sich enthielt. Nach dem gestrigen Resultate besteht für den neuen Landtag eine Mehrheit von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei. Wesentlich ist aber, daß die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammen nicht in der Lage sein werden, eine Regierung zu bilden und es ist nach ihrer bisherigen Haltung noch recht zweifelhaft, ob die Deutsche Volkspartei mit von der Partie sein wird. Dasselbe gilt vom Evangelischen Volksdienst. Daß die bisherige Regierung nicht mehr über eine Mehrheit verfügen würde, stand nach den letzten Reichstagswahlen fest.

Um diesen Bruchteil eines Reichstagswahlkreises, um eine Angelegenheit, die sonst an politischer Bedeutung kaum die von Stadtverordnetenwahlen einer bescheidenen Großstadt übertrifft, hat sich die NSDAP. mit Hitler an der Spitze ihre besten und ersten Kräfte in Städchen und Dörfchen von Lippe eingesetzt, Hunderte von SA.-Leuten wurden ins Land gezogen, aus Berlin, Hamburg und dem Ruhrrevier kamen sie, um einen Wahlapparat aufzuziehen, wie ihn die Welt noch nie gesehen habe, täglich wurden von Hitlers Stab neue „Siege" gemeldet. Es sollte bewiesen werden, daß man die im Juli verlorenen 10 000 Stimmen nicht nur zurückgewinne, sondern weitere Tausende dazu erobere. Das Experiment ist mißglückt: die NSDAP. blieb um rund 3500 Stimmen gegen Juli zurück. Das bedeutet gegenüber den hochtrabenden Phrasen und Prophezeiungen einen Mißerfolg und ein siegreiches Fortschreiten der Bewegung, von der Hitler gestern in Weimar prahlte, kann wenigstens aus der gestrigen Wahl nicht geschlossen werden; was gegen den November herausgeholt worden ist, mußte Freund Hugenberg und der Lippische Landbund stellen. Von einer Zerschmetterung des Marxismus kann erst recht keine Rede sein; Sozialdemokraten und Kommunisten erwiesen sich im Lande stärker als die Nationalsozialisten. Nachdem sie bei weitem nicht die Stimmenzahl vom 31. Juli erreicht haben, werden Hitler und seine Unterführer wohl einsehen, daß der Weg der radikalen Opposition nimmermehr der Weg des Erfolges für ihn und seine Bewegung ist. Die Illusion ist ihnen namentlich genommen, daß von dem Ausgang dieser Wahl etwa das Reichskabinett in seiner Haltung beeinflußt werden könnte. Mochte die Stimmenzahl vom Juli erreicht oder gar überschritten werden. Kein Machtkampf entscheidet sich in lippischen Dörfern. Auf diesen Ausgang nach dem Einsatz der Garde können keine großen Entscheidungen aufgebaut werden. Hitler würde sonst einem Manne gleichen, der im kalten Zimmer das Thermometer mit heißem Atem um einige Punkte hinaufhaucht, und sich der schönen Illusion hingibt, daß es um ihn warm geworden sei.

Teilergebnisse.

(In Klammern die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl.)

Detmold-Stadt: SPD 2544 (2031), DVP 993 (845), DNVP 1001 (1654), Landv. 5 (3), KPD 667 (963), Staatsp. 111 (101), NSDAP 3605 (3097), Kath. Volksv. 465 (430), Ev. Volksd. 693 (702).

Barntrup: SPD 348 (291), DVP 41 (44), DNVP 62 (84), Lipp. Landv. 5 (3), KPD 171 (229), Staatsp. 6 (4), NSDAP 679 (608), Kath. Volksv. 5 (2), Ev. Volksd. 17 (20).

Blomberg: SPD 705 (713), DVP 136 (139), DNVP 112 (235), Lipp. Landv. 11 (10), KPD 421 (522), Staatsp. 8 (7), NSDAP 1148 (906), Kath. Volksv. 11 (17), Ev. Volksd. 83 (58).

Lage: SPD 1017 (895), DVP 362 (366), DNVP 181 (341), Lipp. Landv. 8 (1), KPD 524 (664), Staatsp. 65 (91), NSDAP 1939 (1659), Kath. Volksv. 66 (95), Ev. Volksd. 242 (259).

Schwalenberg: SPD 107 (105), DVP 11 (30), DNVP 19 (35), Lipp. Landv. 2 (6), KPD 22 (26), Staatsp. 5 (3), NSDAP 289 (203), Kath. Volksv. 31 (28), Ev. Volksd. 8 (4).

Lemgo: SPD 1539 (1336), DVP 325 (252), DNVP 433 (761), Lipp. Landv. 37 (26), KPD 1141 (1305), Staatsp. 78 (43), NSDAP 2570 (2348), Kath. Volksv. 165 (165), Ev. Volksd. 490 (469).

Bad Salzuflen-Schötmar: SPD 2633 (2402), DVP 347 (249), DNVP 439 (812), Lipp. Landv. 10 (5), KPD 851 (1233), Staatsp. 70 (65), NSDAP 3812 (3328), Kath. Volksv. 499 (476), Ev. Volksd. 481 (445).

*

Ein Stimmungsbild.

— Detmold, 15. Januar.

Das Conti-Nachrichten-Büro meldet: Nach einer Rückfrage bei der Regierung stellt sich die Zahl der Wahlberechtigten auf ungefähr 115 000. Legt man diese Zahl zugrunde, so beträgt die Wahlbeteiligung zur lippischen Landtagswahl 86,2 Prozent. Das auffälligste Merkmal der Wahlen ist naturgemäß der starke Verlust der Deutschnationalen gegenüber den letzten Wahlen. Der Stimmenverlust der Deutschnationalen dürfte zum größten Teil den Nationalsozialisten zugute gekommen sein, während die den Kommunisten verloren gegangenen Wähler bei der Sozialdemokratie wiederzufinden sind, die sich gegenüber der letzten Reichstagswahl überraschend gut hielten. Es ist anzunehmen, daß der sozialdemokratische Spitzenkandidat Heinrich Drake, der bisher der lippischen Regierung vorstand, den Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten für sich buchen kann. Die Deutsche Volkspartei hat sich überraschend gut gehalten. Sie konnte gegenüber der letzten Reichstagswahl ihre Stimmen nicht nur halten, sondern an einigen Stellen nicht unerheblich erhöhen. Die Staatspartei hat zwar einen kleinen Gewinn zu verzeichnen, der aber auch trotz der Listenverbindung mit dem Zentrum zu keinem Mandat ausgereicht hat. Der Evgl. Volksdienst gewann rund 500 Stimmen. Wenn die Kommunisten im Vergleich zur Novemberwahl vorigen Jahres auch rund 3600 Stimmen verloren haben, so sind zu ihren Wählern bei der vorigen Landtagswahl doch weitere 6000 neue gestoßen.

Die politischen Besprechungen dieser Woche.

Zusammenkunft Hugenberg-Hitler?

() Berlin, 15. Januar.

Die Blätter beschäftigen sich fast alle mehr oder minder ausführlich mit der innerpolitischen Entwicklung. Uebereinstimmend wird noch einmal auf die Bedeutung der lippischen Wahlen für die künftige Haltung der Nationalsozialisten hingewiesen.

Die Ansichten, ob es zu einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler und Hitler kommen wird, sind geteilt.

Es wird aber betont, daß dies voraussichtlich kaum vor Dienstag der Fall sein dürfte. Die „Börsen-Zeitung" verzeichnet in diesem Zusammenhang das in parlamentarischen Kreisen umlaufende Gerücht über eine beabsichtigte Zusammenkunft zwischen Dr. Hugenberg und Hitler am Montag. Das Blatt meint, daß der gestrige Empfang Hugenbergs beim Reichspräsidenten

die erste Auswirkung der Besprechung zwischen Schleicher und Hugenberg gewesen sei, die allem Anschein nach zu einer starken persönlichen Annäherung geführt habe.

Ob sich aus dieser Annäherung schon eine praktische Möglichkeit zu der in letzter Zeit vielfach erörterten Verbreiterung der politischen und personellen Grundlage der Regierung Schleicher ergeben habe, lasse sich im Augenblick aber noch nicht übersehen. Man werde zunächst die für die ersten Tage der Woche angesetzte Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrumsführer Dr. Kaas abwarten müssen.

Diese Zusammenkunft wird im übrigen für den Montag in Aussicht gestellt. Die „Germania" geht in ihren Ausführungen auch auf die Frage des Reichstagszusammentritts ein und sagt, daß

die Möglichkeit einer Vertagung im Aeltestenrat noch immer als offen betrachtet werde.

Das Blatt gibt der Ansicht Ausdruck, daß für die wirtschaftliche Beruhigung nur sehr wenig gewonnen wäre, wenn man die parlamentarischen Entscheidungen bis in den März hinauszögere, ohne daß sich an dem Kampfzustand der Parteien und an der Bereitwilligkeit zu einer nationalen Konzentration praktisch etwas ändern werde.

*

Eine neue Kampfansage Hitlers.

() Weimar, 15. Januar.

Die „Amtswalter" des Gaues Thüringen der NSDAP hielten am Sonntag in Weimar eine Tagung ab. An der Spitze eines Propagandamarsches der SA, SS und Hitler-Jugend marschierten die nationalsozialistischen thüringischen Minister, Staatsräte und Abgeordneten. Auf dem Marktplatze zogen die Abteilungen an Adolf Hitler vorbei, der nach dem Wahlkampf in Lippe nach Weimar gekommen war. Hitler hielt eine kurze Ansprache, die eine erneute scharfe Kampfansage an die Gegner des Nationalsozialismus war. Zu Beginn seiner Rede ging er auf die Wahlen in Lippe ein, die erneut beweisen würden, daß die Bewegung weiter siegreich fortschreite. Die Wahl werde den Herren in Berlin die Hoffnung, daß der Nationalsozialismus zum Stillstand gekommen sei, gründlich austreiben. In den nächsten Wochen werde man erleben, daß die Partei zu ihren alten Angriffsmethoden und zur rücksichtslosen Entschlossenheit zurückkehre. Die gegenwärtige Reichsregierung sei bereits vom ersten Tage ihres Wirkens an von Mißgeschick und Unglück verfolgt. Sie werde ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Auch dieses Kabinett würde vergehen, aber die Bewegung des Nationalsozialismus bleibe bestehen. „Wir geloben", so schloß er unter stürmischem Beifall, „daß wir diesen Kampf weiterführen, ihn nicht aufgeben und von ihm nicht lassen, bis am Ende das Ziel erreicht ist und ein anderes Deutschland vor uns steht."

*

Volkspartei für nationale Konzentration.

× Berlin, 15. Januar.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute zu einer Tagung zusammen. Der Parteiführer Reichstagsabgeordneter Dingeldey sprach über die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und der Zukunft. Seine einstündigen Ausführungen fanden die einmütige Billigung des Reichsausschusses. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei dem jetzigen Reichskabinett nach wie vor in tätiger Mitarbeit zur Seite stehen wird, ohne die selbständige Haltung gegenüber einzelnen Beschlüssen der Regierung aufzugeben. So wurde insbesondere zu verschiedenen Maßnahmen der letzten Zeit eine Reihe schwerwiegender Bedenken geäußert. Die Deutsche Volkspartei wird eine Politik befolgen, die zur Neubelebung aller wirtschaftlichen Kräfte, vor allem zur Erhaltung des deutschen Mittelstandes, die Wege zeigt. Sie will keine grundsätzliche Ausschaltung des Parlaments, sondern die Rückführung der parlamentarischen Methoden auf die notwendigen Aufgaben der Kontrolle der Volksvertretung gegenüber den Handlungen der jeweiligen Regierung. Ein gedeihliches Funktionieren des parlamentarischen Wesens wird aber nur dann möglich sein, wenn durch die notwendige Reform der Verfassung und durch die allmähliche Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse ein wirklich arbeitsfähiger Reichstag geschaffen wird. Für die Gegenwart wird die Deutsche Volkspartei bereit sein, unter Wahrung ihrer eigenen Anschauung und Forderungen, eine Staatsführung zu unterstützen, die durch eine starke Konzentration der nationalen Kräfte die Gefahren einer Krisenzeit überwindet und darüber hinaus den Weg zu einem neuen kraftvollen Deutschland beschreitet.

Der Reichswehrminister über die allgemeine Wehrpflicht.

Bei der Reichsgründungsfeier des Kyffhäuserbundes.

— Berlin, 15. Januar.

Der deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser veranstaltete zur 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages am Sonntag mittag in Anwesenheit seines Ehrenvorsitzenden, des Reichspräsidenten von Hindenburg, im Sportpalast unter starker Beteiligung eine deutsche Weihestunde. Nach dem Einzug der 600 Fahnen sprach der erste Präsident des deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser, General der Artillerie a. D. von Horn. Darauf überbrachte der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister dem Kyffhäuserbund, „der wie kein zweiter Bund in Deutschland die echte Kameradschaft auf seine Fahnen geschrieben und zur Richtlinie seines Handelns gemacht hat", die Grüße der deutschen Wehrmacht. Er führte weiter aus: Das Deutsche Reich, das vor 62 Jahren gegründet wurde, verdankt seine Entstehung nicht zuletzt den Ruhmestaten einer in der Organisation zwar noch nicht zusammengeschlossenen, aber in Geist und Tapferkeit einheitlichen deutschen Armee. Unter dem Schutz dieser Armee hat Deutschland eine lange Reihe glücklicher Friedensjahre erlebt. In vier furchtbaren Kriegsjahren hat diese Armee den Feind von Deutschlands Grenzen ferngehalten. Gerade deshalb hat diese Armee, die schließlich doch das deutsche Volk in Waffen darstellte,

nichts als so kränkend, unverdient, entehrend und von Seiten des Feindes unritterlich empfunden, wie das Verbot, Waffen zu tragen.

Gilt doch dem Deutschen seit Urväter Zeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes. Unsere Feinde wußten sehr wohl, daß sie Deutschland ins Mark trafen, als sie es wehrlos und damit zu einem Volk zweiter Klasse machten. Gegen diese Deklassierung und für die Wiedergewinnung seiner Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet hat daher das deutsche Volk und nicht am wenigsten die alten Soldaten, die sich heute hier zu einer Gedenkfeier zusammengefunden haben, zäh und mit heißem Herzen gekämpft, bis ihm vor kurzer Zeit

dieses entscheidende Merkmal seiner Souveränität wieder zuerkannt ist, und ich kann heute nur die Worte des Herrn Reichsaußenministers wiederholen, daß die Reichsregierung keine Abrüstungs-Konvention unterschreiben wird, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt.

Im übrigen wollen wir nur die gleiche Sicherheit, wie jedes andere Land, und ich möchte hier erneut betonen, daß ich die allgemeine Wehrpflicht für ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel halte. Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei in erster Linie an die Miliz. Seien Sie aber überzeugt, daß die Wehrmacht, wie auch ihre äußere Form sein mag, stets von dem Geist beseelt sein wird, der der Ihre war und ist. Tradition, wie wir sie auffassen, ist nicht an Zahlen und äußeren Formen gebunden. Tradition ist die Verpflichtung zu den alten Soldatentugenden des Gehorsams und der Kameradschaft. Daß die Kameradschaft innerhalb der Reichswehr im gleichen Maße gepflegt wird wie in der alten Armee, ist für uns selbstverständlich. Auch zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht bestehen engste kameradschaftliche Beziehungen. Die heutige Weihestunde gibt ihnen wieder einen besonderen Ausdruck und ich hoffe, daß

sich bald Mittel und Wege finden, dieses Band zwischen den im Kyffhäuser-Bund vereinten alten Soldaten und den ausgeschiedenen Reichswehrangehörigen fester zu knüpfen.

Heute aber tut noch eine andere Kameradschaft not, eine Kameradschaft, die sich auch nach außen hin zeigt in dem Gefühl enger Verbundenheit mit allen deutschen Volksgenossen. Ich habe in letzter Zeit ganz besonders erfreuliche Zeichen solchen Empfindens in der Reichswehr gefunden, wo Truppenteile und Schiffsbesatzungen in Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung wetteiferten, und wo

von allen militärischen Kommandobehörden jede Maßnahme mit Verständnis und freudiger Zustimmung unterstützt wurde, die dazu geeignet war, Erwerbslosen Brot und Arbeit zu bringen.

Ich wünschte, daß solche Beispiele freiwilliger Opferbereitschaft in allen Kreisen des Volkes Nachahmung fänden. Tradition ist aber auch die Verpflichtung zu gleicher sachlicher Arbeit, zu gleichen Leistungen im Dienst des Vaterlandes, wie sie in der alten Armee selbstverständlich waren. Leuchtendes Vorbild dafür bleibt uns allen, alt und jung, unser hochverehrter Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident. Ich kann das Wesen dieser Tradition nicht besser umschreiben als mit den Worten, die der Herr Feldmarschall der jungen Wehrmacht zurief, als er im Jahre 1925 den Oberbefehl über die Reichswehr übernahm: „Im alten Sinn für Pflicht und Opfer liegen ihre Wurzeln, ihr Handeln aber gilt der Gegenwart und Zukunft, dem Dienst an Volk und Staat". In diesem Sinne gilt ebenso wie für die Wehrmacht für das gesamte deutsche Volk an diesem Gedenktage für die Reichsgründung das Wort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen."

Zwei Abgeordnete †

= Berlin, 14. Januar.

Am Sonnabend mittag ist Buchdruckerei-Direktor Reichstagsabgeordneter Martin Loibl (Bayr. Volksp.) seinen Verletzungen, die er am Freitag abend bei einem Verkehrsunfall erlitten hatte, erlegen. Loibl war am 28. August 1869 in Neu-Oettingen geboren und stand somit im 64. Lebensjahr. Nach Absolvierung des Gymnasiums in München und der Bayerischen Kriegsschule wurde er Offizier im 15. Bayerischen Infanterie-Regt. Als Leutnant trat er zur Reserve über zwecks Uebernahme einer Mälzerei, später wurde er Gründer einer Buchdruckerei und des Verlages des „Neuburger An-

zeigenblattes", deren Leitung er bis zuletzt innehatte. Im Reichstag vertrat Loibl hauptsächlich Mittelstands- und Kriegsbeschädigtenfragen. Er war selbst Kriegsbeschädigter. Loibl hat sich bei der Präsidentenwahl im Jahre 1925 lebhaft für die Kandidatur Hindenburgs eingesetzt, er war es auch, der zu dem Generalfeldmarschall nach Hannover fuhr und viel dazu beitrug, daß Hindenburg seine Bedenken gegen seine Kandidatur zur Reichspräsidentschaft fallen ließ.

An den Folgen einer Nierenoperation starb heute morgen der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Dr. R. Schneider im 58. Lebensjahre. Schneider gehört seit 1924 dem Reichstage an und war der einzige Kandidat der Deutschen Volkspartei, der ein Wahlkreismandat erringen konnte. Alle übrigen volksparteilichen Abgeordneten verdanken ihre Sitze bekanntlich der Wahlgemeinschaft mit Hugenberg. Schneider gehörte zu dem engeren Stresemannkreis.

Die christlichen Gewerkschaften und die wichtigsten Gegenwartsfragen.

Ein Vortrag Ottes.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte-Berlin, führte in einem Vortrag vor Vertrauensmännern des Berliner Ortskartells am 12. Januar u. a. aus:

Mit Schlagworten und utopischen Programmen ist die furchtbare Krise, die von den tiefgreifendsten Folgen für die verschiedensten Gebiete unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens ist, nicht zu beseitigen.

Gegenwärtig deutet vieles darauf hin, daß wir infolge des Festhaltens an starren Parteidogmen und Ueberspitzung der Gegensätze auch im Jahre 1933 nicht ohne Neuwahlen auskommen werden. Wir müssen mit aller Entschiedenheit dahin streben, alsbald wieder zu normalen politischen und parlamentarischen Zuständen zu kommen. Sowohl um des Gesamtvolkes willen, als auch im Interesse der breiten Volksschichten. Von der Selbstausschaltung des Parlaments und der sog. autoritären Staatsführung profitieren in erster Linie nur die Gegner der Volksrechte. Die große Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft und eines kaufkräftigen Bauernstandes wird aus unseren Reihen niemand verkennen. Auch nicht die ernste und schwere Lage der Landwirtschaft. Die Not der lohnarbeitenden Volksschichten ist aber unvergleichlich größer. Bei Millionen langt es nicht mehr zum täglichen Brot. Die Berichte der Aerzte über den Gesundheitszustand der Arbeiterkinder in manchen Gegenden geben ein erschütterndes Bild.

In Anbetracht der Gesamtlage ist es ein volksschädigendes Unterfangen, wenn durch zollpolitische oder sonstige Maßnahmen nicht nur die Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt, sondern den Arbeitnehmern auch noch das karge tägliche Brot verteuert wird.

Der Landwirtschaft ist am besten dann geholfen, wenn Industrie und Handel wieder florieren und der landwirtschaftliche Absatz durch verstärkte Kaufkraft der breiten Massen sichergestellt ist.

Die enge interessenmäßige Einstellung bestimmter Kreise birgt auch ernste volkspolitische und nationale Gefahren in sich. Vor mehr als 100 Jahren scheiterte eine großzügige Bauernbefreiung und damit eine gesunde volkliche Besiedlung des Ostens an dem Widerstand des Großgrundbesitzes. Die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen zu einer intensiven Siedlung und zu einer stärkeren Entblößung der Industriezentren und Großstädte. Wir verlangen ein Vorgehen, das dieser Notwendigkeit entschieden Rechnung trägt, und das vor den Interessen einer kleinen Schicht nicht Halt macht.

Es ist selbstverständlich, daß die schwere Wirtschaftskrise

eine lebhafte Erörterung der Frage nach der Bewährung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zur Folge hat.

Besonders die Jugend verlangt nach anderen Wirtschaftsformen. Nun ist aber das Wirtschaftsleben vielzu kompliziert, um seine Form in eine konkrete Formel, sei es Kapitalismus, sei es Sozialismus, pressen zu können. Die Auswirkungen des heutigen Wirtschaftssystems sind aber weithin nicht mehr mit den Erfordernissen des Gemeinwohls in Einklang zu bringen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß z. B. manche Gebiete und Gemeinwesen durch andere Quotenverteilungen, Werkstillegungen usw. veröden und verkümmern. Ein systemloser Zwang, ein Durcheinander und Gegeneinander gefährden vielfach das Gemeinwohl. Die weithin bestehenden Zusammenballungen in der Wirtschaft beeinträchtigen die Uebersicht und erhöhen die Gefahr der Außerachtlassung der Gesamtinteressen. Hier liegt unsere Forderung vor allem in der Unterstellung bestimmter Wirtschaftszweige unter die Kontrolle der Allgemeinheit. Heute steht es so, daß manche Wirtschaftszweige sich weithin nur mit Hilfe des Staates aufrechterhalten, sich aber ganz entschieden gegen jede Einmischung des Staates oder von anderer Seite wehren.

Eine stärkere berufsständische Ausrichtung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens, vor allem im Sinne des Ausbaues der Selbstverwaltung, liegt auf der Linie der geistigen Einstellung der christlichen Gewerkschaften.

Allerdings sind hier auch berufsegoistische Gefahren zu überwinden. Die christlichen Gewerkschaften bemühen sich um Lösungen, die den Gesamtinteressen gerecht werden.

Für die gegenwärtige Regierung heißt, nach den Worten des Reichskanzlers von Schleicher, das Hauptprogramm „Arbeit schaffen!" Daß die Regierung in diesem Bemühen Unterstützung bei den christlichen Gewerkschaften findet, ist selbstverständlich. Die Widerstände, die sich gegen eine stärker ins Gewicht fallende Arbeitsbeschaffung von einflußreichen Stellen geltend machen, müssen in Anbetracht der großen Gefahren, in denen wir stehen, zurücktreten. Gewiß bezieht sich das Programm „Arbeit schaffen" nicht nur auf öffentliche Arbeiten, sondern umschließt letzten Endes die gesamten Fragen, die uns einer wirtschaftlichen Gesundung entgegenführen können. Ein Teil der zu treffenden Maßnahmen liegt vor allem auch auf internationalem Gebiete. Der Ausschuß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften hat in seiner in der vorigen Woche abgehaltenen Tagung

eine Streichung der internationalen politischen Schulden, eine Stabilisierung der Währungen, eine Beseitigung der schädlichen Handelshemmnisse und eine Verständigung über die Abrüstung verlangt.

Ebenfalls eine internationale Regelung der Arbeitszeitverkürzung. Es handelt sich hier in der Tat um entscheidende Fragen.

Unsere Haltung gegenüber der gegenwärtigen Regierung hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob diese der furchtbar gedrückten Lage der Arbeitnehmer und dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit gerecht wird. Selbstverständlich ist die Stellung der christlichen Gewerkschaften — wie gegenüber den politischen Parteien — gegenüber jeder Regierung frei und unabhängig. Aus der Aufgabe heraus, die die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung im Volksleben zu erfüllen hat, ergibt sich aber, daß wir

jede Regierung unterstützen, die volksverbunden, sozial und gewerkschaftsbejahend ist, ferner eine Wirtschaftspolitik betreibt, die der Wirtschaft Erleichterungen und neue Auftriebe gibt

und die endlich in der Außenpolitik Wege geht, wodurch die Stellung und Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt gestärkt und gesichert wird.

Was nun die soziale Entwicklung im besonderen anlangt, so ist leider in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum die Lage der arbeitnehmenden Schichten in Deutschland in einem Ausmaß verschlechtert worden, wie das in keinem anderen Lande der Fall ist. Einige der gröbsten sozialen Ungerechtigkeiten aus den letzten Notverordnungen sind beseitigt worden. Es muß aber offen ausgesprochen werden, daß in Bezug auf die Fürsorge für die Erwerbslosen, Kleinrentner usw. nicht genug geschehen ist. Es muß hier mehr geschehen. Es geht nicht an, daß für Osthilfe, für die Sanierung wichtiger wirtschaftlicher Einrichtungen Geld da ist, aber keine weiteren Aufwendungen für die mehr möglich ist, die kaum den Hunger stillen können.

Die christlichen Gewerkschaften setzen sich mit allem Nachdruck für eine soziale Wegrichtung ein, weil der nationale Aufbau und die nationale Zukunft unseres Volkes nur so gesichert werden können. Sie halten ein verständnisvolles Hand-in-Hand-arbeiten mit allen Volkskreisen, deren Ziel in gleicher Linie liegt, für erforderlich.

Der Streit in der NSDAP.

Die Zersetzung in Kassel.

O **Kassel**, 15. Januar.

Die Schwierigkeiten der Nationalsozialisten im Reich spiegeln sich wieder in einer außergewöhnlichen Beunruhigung und Bewegung der örtlichen Zentralstellen. Im Zusamenhang mit den internen Schlägereien in Kassel, über die wir bereits berichteten, sind mehrere Gruppen von SS.-Leuten aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Ausgeschlossenen haben sich zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen und eine Erklärung erlassen, in der es heißt: Der Standartenführer habe es nicht verstanden, seine Geführten zu behandeln. Getreidesammlungen bei der Landwirtschaft seien sofort zu Geld gemacht und der Verwaltungsführerkasse der Standarte einverleibt worden. Obwohl große Summen eingekommen seien, befinde sich in der Kasse eine merkwürdige Leere. Sturmführer sowie Sturmbann befänden sich seit Wochen in der schwierigsten Lage. Verpflichtungen, welche sie Geschäftsleuten gegenüber eingegangen waren, hätten sie nicht nachkommen können, da der Standartenführer ihnen nur unzulängliche Mittel gewährte. So seien Verhältnisse entstanden, welche geeignet waren, die Mißstimmung innerhalb der SS. immer mehr aufs heftigste anzufachen. Bei einer Revision durch einen höhern SS.-Führer sei es geschehen, daß SS.-Führer ohne Vernehmung ihrer Posten enthoben worden seien, und daß dem Standartenführer das Vertrauen der vorgesetzten Dienststellen ausgesprochen worden sei. Daraufhin habe sich eine Anzahl SS.-Stürme zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen.

*

Abg. Stegmanns Kotau.

O **Nürnberg**, 15. Januar.

Wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, hat der frühere SA-Gruppenführer von Mittelfranken, P. G. Wilhelm Stegmann, heute folgende Erklärung schriftlich abgegeben: „Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe, daß mein Verhalten von ihm mit Recht getadelt wurde, habe ich aus eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam meine Pflicht zu tun." Stegmann hat aber vorher bei dem Landgericht Nürnberg gegen seine Gegner Streicher, Holz und vier weitere Parteigenossen eine Einstweilige Verfügung erwirkt. Durch diese wird es den Antragsgegnern untersagt, zu behaupten, daß Stegmann 6000 Mark Parteigelder unterschlagen habe, daß er einen Vertrauenbruch begangen und mit der Schriftleitung des Nürnberger „Nazispiegels" (des in unserer vorgestrigen Meldung erwähnten oppositionellen Parteiblattes in Verbindung stehe und endlich, das Stegmann am 11. Januar einen Aufmarsch der Nürnberger SA. mit kommunistischer Hilfe habe sprengen wollen. Sozialdemokratische Blätter melden weiter, daß im Zusammenhang mit dem Streit in Franken acht Unterführer und 162 Mitglieder der fränkischen SA ausgeschlossen worden seien. Ob diese Ausschließung von Stegmann oder aber von der Gegenseite unter Anrufung der obersten SA.-Führung verfügt worden ist, wird nicht gesagt.

*

„Die Hündchen-Szene".

Berlin, 14. Januar.

Im Organ Otto Strassers, „Die schwarze Front", (13. Januar) lesen wir, daß es nur vier Wochen her sei, seit die „schnell berühmt gewordene „Hündchen-Szene" veröffentlicht worden, daß drei Wochen vergangen seien, „seit der Ankündigung einer „Berichtigung" seitens der Hitler-Partei, deren Aufnahme nicht nur wegen bewußter Unwahrheit abgelehnt" worden sei, daß er einen Vertrauenbruch begangen und mit der Schriftleitung des Nürnberger „Nazispiegels" (des in unserer vorgestrigen Meldung erwähnten oppositionellen Parteiblattes in Verbindung stehe und endlich, das Stegmann am 11. Januar einen Aufmarsch der Nürnberger SA. mit kommunistischer Hilfe habe sprengen wollen. Sozialdemokratische Blätter melden weiter, daß im Zusammenhang mit dem Streit in Franken acht Unterführer und 162 Mitglieder der fränkischen SA ausgeschlossen worden seien. Ob diese Ausschließung von Stegmann oder aber von der Gegenseite unter Anrufung der obersten SA.-Führung verfügt worden ist, wird nicht gesagt.

*

China kündigt militärische Abwehrmaßnahmen an.

Eine Note an den Völkerbund.

— **Genf**, 14. Januar.

Die chinesische Regierung übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes den Inhalt der Note, die sie an die Signatarstaaten des Protokolls von 1901 gerichtet hat. In dieser Note hatte die chinesische Regierung erklärt, daß die japanischen Truppen in widerrechtlicher Ausnutzung eines in dem Protokoll von 1901 Japan gewährten Sonderprivilegs die Stadt Schanhaikwan angegriffen und besetzt hätten. Tausende von friedlichen chinesischen Bürgern seien hierbei getötet und großer Sachschaden verursacht worden. Ferner seien gegenwärtig neue japanische Truppenzusammenziehungen an der Eisenbahnlinie Peking-Mukden festzustellen. Unter diesen Umständen sehe sich die chinesische Regierung verpflichtet, zu erklären, daß sie keinerlei Verantwortung für die weitere Lage übernehmen könne und daß die chinesischen Truppen nunmehr gezwungen seien, von dem Recht der legalen Verteidigung gegen die Angriffe der japanischen Truppen Gebrauch zu machen. Die chinesische Regierung ersucht den Generalsekretär des Völkerbundes, sämtliche Mitglieder der Völkerbundsversammlung unverzüglich von dem Inhalt dieser Note in Kenntnis zu setzen.

In unterrichteten Kreisen sieht man darin die amtliche Ankündigung, daß die chinesische Regierung nunmehr zu weitgehenden militärischen Abwehrmaßnahmen gegen die japanischen Angriffe schreitet.

*

Bildung einer Regierung der Landesverteidigung.

— **Paris**, 14. Januar.

Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique aus Schanghai soll der Vorsitzende des Gesetzgebungsamtes, Sun-Fo, die Bildung einer Regierung der Landesverteidigung mit General Tschiangkaischek an der Spitze vorgeschlagen haben.

*

China besteht auf Rückeroberung von Schanhaikwan.

— **Paris**, 14. Januar.

Die Agentur Indopacifique berichtet aus Schanghai: Aus Nanking verlautet, daß die Regierung telegraphisch ihre Zustimmung zu der Anfrage der chinesischen Delegation beim Völkerbund gegeben habe, in der diese die Ansicht vertritt, daß die Zurückeroberung von Schanhaikwan nötig sei, um den freundschaftlichen Beistand der Mächte zu erhalten.

*

Neuer Kampf gegen die japanischen Truppen in Kirin.

— **Tokio**, 14. Januar.

Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß chinesische Freischärler in der Kirin-Provinz wieder den Kampf gegen die japanischen Truppen aufgenommen hätten. Die Chinesen, etwa 11 000 Mann, rückten in Richtung Tschangtschun vor.

Die Arbeitsbeschaffung.

Voraussichtlicher Beginn Anfang Februar.

× **Berlin**, 14. Januar.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, äußerte sich über den augenblicklichen Stand des Arbeitsbeschaffungswerkes. Er erklärte, daß bereits jetzt zu erkennen sei, daß

der Bedarf an Krediten wesentlich über die verfügbare Summe von 500 Millionen hinausgehe.

Bis Ende Januar dürften die Anmeldungen sämtlich durchgeprüft sein, sodaß Anfang Februar die ersten Aufträge an die Industrie gehen könnten. Etwa Anfang März könne dann auch mit den Außenarbeiten begonnen werden.

Der Reichskommissar erblickt eine seiner wesentlichen Funktionen darin, daß

er unter Umständen gegen die Beschlüsse der Kreditausschüsse ein Vetorecht ausüben kann.

Er werde dies Recht voraussichtlich nur dann wahrzunehmen brauchen, wenn die Entscheidungen der Kreditinstitute ablehnend ausfallen sollten. Wenn wirklich sich irgend ein Bezirk zunächst untätig verhalten sollte, so werde der Reichskommissar selbst an ihn herantreten, um ihn für die Arbeitsbeschaffung zu interessieren. Bisher habe es aber nicht den Anschein, als ob es irgendwo an Projekten fehle. Eine weitere Aufgabe des Reichskommissars bestehe darin,

für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Mittel über das ganze Land zu sorgen.

Neue größere Kanalbauten oder der Bau von Autostraßen komme wohl kaum in Frage. Andere größere Pläne, wie die Vollendung des sogenannten Küstenkanals, die Eindeichung an der Nordseeküste, die Havelregulierung, die Schiffbarmachung der Oder und der Hochwasserschutz seien noch zu prüfen. Auch ob der Bau von Ferngasanlagen einbezogen werden könne, sei noch nicht sicher.

Die Elektrifizierungsarbeiten der Reichsbahn würden wohl teilweise in das Programm hineingenommen werden.

Eine recht wesentliche Rolle bei den Arbeiten werde der Reparaturbedarf der kommunalen Versorgungsbetriebe spielen, während Neubauten nur in besonders gelagerten Fällen durchgeführt werden könnten. Eines der größeren Bauprojekte, das in Betracht komme, werde voraussichtlich die seit vielen Jahren geplante Wasserleitung für Stuttgart sein. In diesem Falle werde

ein großer Teil der Aufträge beispielsweise an die Groß-Eisenindustrie des Westens gehen.

Die Arbeiten könnten also keineswegs schlüsselmäßig auf die einzelnen Landesteile kontingentiert werden.

Auf Beschäftigung bei dem Sofort-Programm hätten in erster Linie langfristig erwerbslose Familienväter zu rechnen. „Alu"-Empfänger kämen erst in letzter Linie in Frage. In den nächsten Tagen werde auch der Beirat beim Reichskommissariat einberufen werden, dessen Mitgliederzahl höchstens fünfzehn betragen solle. Die Angelegenheiten der Siedlung könnten vom Arbeitskommissariat nur gelegentlich behandelt werden. Hoffentlich komme auf diesem Gebiete bald ein ähnliches Abkommen mit dem Reichsernährungsministerium zustande, wie es mit dem Reichsarbeitsministerium in Bezug auf den freiwilligen Arbeitsdienst bereits bestehe.

Kommunalwahlen in Brühl.

× **Brühl**, 15. Januar.

Am Sonntag fanden in Brühl nach erfolgter Zusammenlegung mit Brühl-Land mit Ausnahme einer Gemeinde Kommunalwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten (in Klammern Vergleichszahlen der Reichstagswahl vom 6. Nov. 1932): Die Wahlbeteiligung betrug 75,4 Prozent (80 Prozent). Es erhielten: Zentrum 4158 (5191), SPD. 1478 (2065), KPD. 2486 (2262), SAP. 253 (37), NSDAP. 1204 (909), Nat. Arbeitsgemeinsch. (DNVP.) 589 (612), Handwerk, Gewerbe, Arbeit 75 (0), Parteilose Volksgem. 369 (0). Die Mandate (vorl.): Zentrum 13, SPD. 4, KPD. 8, NSDAP. 3, Nat. Arbeitsg. 1, Parteilose Volksgem. 1.

Politische Zusammenstöße in Berlin.

× **Berlin**, 15. Januar.

Etwa 30 Kommunisten überfielen kurz vor Mitternacht ein im Norden Berlins gelegenes Verkehrslokal der NSDAP. Die Angreifer schossen mehrere Male in das Lokal hinein. Hierdurch wurden zwei Nationalsozialisten verletzt. Vier Täter konnten festgenommen werden. Auch ein kommunistisches Parteilokal wurde heute nacht beschossen. Personen sind jedoch nicht verletzt worden. Am Sonntag nachmittag wurde in der Großen Frankfurter Allee ein etwa 1500 Mann starker Demonstrationszug der KPD. wegen Singens verbotener Lieder von der Polizei aufgelöst. Die Demonstranten reagierten mit Steinwürfen. Die Beamten gaben mehrere Schreckschüsse und zwei scharfe Schüsse ab. Verletzt wurde niemand.

× **Köln**, 15. Jan. Am Sonntag nachmittag veranstalteten die Nationalsozialisten einen Umzug durch die Stadt als Auftakt zu einer Kundgebung in der Messehalle. Dabei kam es zu erheblichen kommunistischen Ansammlungen, offenbar in der Absicht, den Umzug der Nationalsozialisten zu stören. Polizeibeamte wurden tätlich angegriffen. Ein Beamter, den die Kommunisten entwaffnen wollten, machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Angreifer tödlich getroffen wurde.

Die Verlesung der päpstlichen Bulle über das Heilige Jahr.

= **Rom**, 15. Januar.

Am Sonntag vormittag wurde in der Vorhalle der Peters-Kirche die päpstliche Bulle verlesen, in der das außerordentliche Heilige Jahr 1933/34 anläßlich der 1900. Wiederkehr des Todestages Jesu Christi verkündet wird.

Bereits eine Stunde vor der Verlesung hatte sich der gesamte Hofstaat des Papstes im Thronsaal des Papstes versammelt. Nachdem Papst Pius XI. auf dem Thron Platz genommen hatte und der Vizekämmerer der Heiligen Römischen Kirche, der Auditor der päpstlichen Kammer, der Regens der päpstlichen Kanzlei, der Dekan der Protonotare und die Prälaten der päpstlichen Kammer versammelt waren, überreichte der Regens der päpstlichen Kanzlei dem Papst die Bulle. Papst Pius XI. erteilte hierauf die Erlaubnis zur Veröffentlichung und händigte die Bulle dem Dekan der Protonotare aus.

Unter Glockengeläut, das bis Mittag andauerte, begaben sich hierauf, nachdem der Papst sich in seine Gemächer zurückgezogen hatte, die erwähnten Prälaten in feierlicher Prozession in die Halle der Peters-Kirche, in der sich das Domkapitel und der Klerus der Basilika versammelt hatten. Von einem eigens errichteten Podium verlas dann der Dekan der Protonotare, der bekannte deutsche Archäologe Prälat Wilpert, die Bulle.

In der Bulle erinnert der Papst daran, daß es den Geschichtsforschern nicht gelungen sei, den genauen Zeitpunkt dieser Jahrhundertfeier mit voller Sicherheit zu bestimmen. Trotzdem sei die Feier von derartiger Bedeutung, daß man nicht an ihr vorbeigehen könne. Daher fordert der Papst dazu auf, wenigstens eine gewisse Zeit in diesem Jahre die Erde zu vergessen und die Gedanken zum Himmel zu erheben, zur Betrachtung der Liebe, die uns der Erlöser bewiesen habe und zur Entflammung der Dankbarkeit, die wir ihm schuldeten. Schließlich ruft der Papst die Ereignisse jenes großen Jahres ins Gedächtnis, das nunmehr gefeiert werde, von der Einsetzung des Heiligen Abendmahls bis zur Ausgießung des Heiligen Geistes, zu den Wundern, die die erste Verkündung des Evangeliums begleiteten. — Das Gedenken an diese Ereignisse lade zum Gebet und zur Buße für uns selbst und die ganze Menschheit ein. Möge dieses Heilige Jahr den Seelen den Frieden bringen, der Kirche die Freiheit, den Völkern die Eintracht und das Gedeihen. Da der Jubiläumsablaß nur in Rom gewonnen werden könne, wünsche der Papst von Herzen, daß die Gläubigen in großer Zahl zusammenkommen mögen zum Mittelpunkt der Kirche, zu ihm selbst, dem gemeinsamen Vater, der ihr Wohlergehen so überaus begehre. Der Ablaß werde allen Gläubigen gewährt, die nach der Beichte und der Kommunion dreimal die vier Hauptbasiliken Roms besuchten und dort die vorgeschriebenen Gebete verrichteten. Zum Schluß fordert Papst Pius XI. die Gläubigen noch einmal auf, die heilige Reliquie der Basilika Santa Croce in Jerusalem und die Heilige Treppe beim Lateran zu besuchen.

Kleine Nachrichten.

Fürst Hermann von Hatzfeldt, Herzog zu Trachenberg, ist im 85. Lebensjahr nach kurzer Krankheit verstorben.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler a. D. Dr. h. c. Marx anläßlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen.

*

Nächtliches Verkehrsunglück.

O **Stendal**, 15. Jan. Der kurz nach zwei Uhr nachts von Stendal nach Berlin abfahrende Zug überfuhr auf einem Bahnübergang bei dem Bahnhof Hemerten einen mit sechs von einem Vergnügen heimkehrenden Personen besetzten Einspänner. Der Landwirt Schwabe und die beiden Ehefrauen Albrecht und Rieck wurden getötet, die Ehefrau des Landwirts Schwabe und eine Frau Huth wurden schwer, eine weitere Person leichter verletzt. Das Fuhrwerk wurde vollkommen zertrümmert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Aus Westdeutschland.

„Raubüberfall" auf Bestellung.

Fabelhafte Arbeit des Polizeihundes „Treff".

:: Erkenschwick, 14. Januar.

Ein geradezu fabelhaftes Tier ist der schöne und kluge Polizeihund „Treff", ein Schäferhund, der schon manch schöne Erfolge zu verzeichnen hat. Warum soll man auch nicht einmal einen Hund loben, wenn er es verdient hat? Also „Treff", dessen Führer und Besitzer der erwerbslose Bergmann Griesbach aus Erkenschwick ist, hat an der schnellen Aufklärung eines Raubüberfalles hervorragenden Anteil. Die Sache war so: Am Freitag abend wurde an der Bahnunterführung in Rapen der 18jährige Handlungsgehilfe Erwin Dovatka, Klein-Erkenschwickerstraße wohnhaft, von zwei Männern überfallen, die ihm die Nase blutig schlugen, eine Aktentasche entrissen und dann die Flucht ergriffen. In der Aktentasche befand sich ein Betrag von 56 RM. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf; ihr wurde „Treff" zur Verfügung gestellt. Am Tatort angesetzt, verfolgte „Treff" sofort die Spuren der Räuber bis zu dem elterlichen Hause des Ueberfallenen, wo er an einem Kellerfenster Halt machte. Hier wurde dann die Aktentasche mit dem Geld gefunden. Der brave „Treff" hatte damit eine glänzende Leistung vollbracht, denn die Spuren lagen über einem zur Stickstoffabrik führenden 400 m langen und vielbegangenen Aschenweg. Unter diesen Umständen die richtige Witterung zu finden, war außerordentlich schwierig. Der Fundort machte die Kriminal stutzig; sie schritt sofort zur vorläufigen Festnahme des Ueberfallenen, der, ins Kreuzverhör genommen, schließlich zugeben mußte, daß er den Raubüberfall bestellt hatte. Um einen regelrechten Ueberfall vorzutäuschen, wurde ihm die Nase von seinem Komplizen blutig geschlagen. Die Tasche wurde dann von den Tätern in das besagte Kellerfenster geworfen. Später wollte sich das dreiblättrige Kleeblatt in die Gelder, die Dopatka für fremde Rechnungen einkassiert hatte, teilen. Die „Räuber" wurden festgenommen.

Der Taschenkalender als Lebensretter.

Herbern, 14. Januar.

Auf einem Gang durch das Revier wollte der Förster K. einen Graben überspringen. Hierbei kam er so unglücklich zu Fall, daß sich beide Schüsse des Jagdgewehrs lösten und ihm die Ladung in die Seite drang. Wie durch ein Wunder prallten die Schrotkörner an dem mitgeführten Taschenkalender ab, so daß die Schüsse nicht tödlich wirkten. Mit schweren Verletzungen, die jedoch nicht lebensgefährlicher Natur sein sollen, wurde der Verunglückte ins Krankenhaus eingeliefert.

Schlägereien am Wahltag.

— Detmold, 15. Januar.

Im äußeren Straßenbilde machte sich der heutige Wahlsonntag nur wenig bemerkbar. Am Vormittag war die Wahlbeteiligung infolge des frostigen Wetters ziemlich gering. In den Nachmittagsstunden setzte ein lebhafter Zustrom zu den Wahllokalen ein. Die Propagandatätigkeit der Parteien war ziemlich gering. — Soweit bisher Meldungen vorliegen, ist es nur in Bracke bei Lemgo und in Bad Salzuflen zu ernsteren Zusammenstößen gekommen. In Bracke waren heute morgen Nationalsozialisten und Kommunisten wegen einer Hakenkreuzfahne aneinandergeraten, die in der Dunkelheit von linksgerichteten Elementen entfernt worden war. Als dann gegen neun Uhr Reichsbannerleute im Wahllokal ein Transparent anbringen wollten, fuhr plötzlich ein mit SA-Leuten besetzter Kraftwagen vor, dessen Insassen die Reichsbannerleute wegen der entwendeten Fahne zur Rede stellten. Es entspann sich eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Nationalsozialisten, die sich hinter einer Mauer verschanzten, auf die Reichsbannerleute schossen. Drei Reichsbannerleute aus Bracke wurden dabei verletzt; einer von ihnen mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ein SA-Mann aus Gelsenkirchen erlitt Schußverletzungen. — Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich am Vormittag in Bad Salzuflen. Hier kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten, Reichsbannerleuten und Kommunisten. Es gab auch hier mehrere Verletzte. Nach den Feststellungen der Polizei soll ein Kommunist geschossen haben. Doch konnte man den Täter nicht ermitteln, da er sofort die Pistole fortwarf und die Flucht ergriff. Durch die Schüsse ist niemand verletzt worden. — Auch in der Stadt Horn kam es am Sonntag vor den Abstimmungslokalen verschiedentlich zu kleineren Zusammenstößen, besonders zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Polizei konnte überall in kürzester Zeit die Ruhe wiederherstellen.

Zuchthausstrafe für einen Betrüger.

× Paderborn, 15. Januar.

Das Schöffengericht Paderborn verurteilte heute den Viehhändler Josef Hellinger zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus. Ihm wird vorgeworfen, einen Landwirt um 4000 RM. betrogen zu haben. Da Betrug im Rückfalle vorliegt, erkannte das Gericht auf eine derart hohe Strafe.

Zehn politische Parteien im Siegener Stadtparlament.

◇ Siegen i. W., 14. Januar.

In der heutigen Stadtverordnetensitzung etablierten sich die Absplitterungen von der NSDAP. u. der SPD. als neue Parteien, nämlich als „Nationale Sozialisten" und als „Deutsche Kommunisten". Damit hat die 82 000 Einwohner zählende Stadt Siegen glücklich zehn politische Vertretungen im Stadtparlament. Nach der Beratung des Schlachthauszwanges erklärte Oberbürgermeister Fißmer, daß eine Beschränkung des Marktes, wie Handel und Gewerbe der Stadt es wünschten, unmöglich sei. Danach faßte das Kollegium Beschluß über die Deckung der Winterhilfe und eine Reihe von Bürgschafts- und Beihilfegewährungen.

150 Schüsse.

Politischer Zusammenstoß in Wuppertal.

)(Wuppertal, 14. Januar.

Wie die Polizei mitteilt, veranstalteten am Freitagabend gegen 21 Uhr Nationalsozialisten in Wuppertal-Barmen einen Umzug, an dem sich etwa 150 Personen beteiligten. Die Polizei hatte von dem Umzug keine Kenntnis und deshalb auch keine Beamten zur Begleitung entsendet. Der Zug stieß mit einer Schar von etwa 400 Kommunisten zusammen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der von den Beteiligten etwa 15 Schüsse abgefeuert wurden. Das verstärkte Ueberfallkommando der Polizei konnte nur mit Hilfe des Gummiknüppels der Schlägerei ein Ende machen. Auch in Gegenwart der Polizei fielen noch einige Schüsse aus der Menge. Erst als die Beamten sieben Schreckschüsse abgefeuert hatten, flüchteten die Kommunisten, worauf die Nationalsozialisten ihren Zug fortsetzen konnten. Ein 17jähriges Mädchen wurde schwer verletzt mit einem Schuß in den Hinterkopf ins Krankenhaus gebracht. Bei der Schlägerei wurden zahlreiche Personen leicht verletzt.

Mord an dem Aufseher eines Arbeitsamts.

:: Opladen, 14. Januar.

Der am hiesigen Arbeitsamt angestellte Beamte May, zu dessen Tätigkeitsbereich es u. a. gehörte, nach Schwarzarbeitern innerhalb der unterstützten Erwerbslosen zu fahnden, kehrte von seinem gestrigen Dienstgang nicht zurück. Nach langen Nachforschungen der Polizei wurde May heute am Spätnachmittag an der Diepenthaler Talsperre tot aufgefunden. Da man ein Verbrechen vermutet, wurde die Leiche beschlagnahmt. Die Düsseldorfer Mordkommission weilt zurzeit am Tatort.

Später wird gemeldet: Wie nunmehr einwandfrei feststeht, ist der 46jährige Kontrolleur Walter May, einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Die Leiche wies mehrere Stichverletzungen auf. Einen seiner Handschuhe hatte man dem Toten als Knebel in den Mund gesteckt. Nach dem Befund am Tatort hat May, der über große Körperkräfte verfügte, sich heftig gewehrt. Man glaubt, daß als Täter mehrere Personen in Frage kommen. May ist häufig bedroht worden, weil er Schwarzarbeiter rücksichtslos zur Anzeige brachte. Mays Aktentasche, die er bei sich führte, ist verschwunden.

5000 Zentner Zucker unterschlagen.

:: Euskirchen, 14. Januar.

Die Kölner Zollfahndungsstelle kam heute einer riesigen Zuckerschiebung auf die Spur, bei der es sich insgesamt um 5200 Zentner handelt. Eine Mannheimer Transportgesellschaft hatte ihren Leuten den Auftrag gegeben, 2600 Zentner Zucker in einem Lastkraftwagen mit Anhänger nach München zu fahren. Die Fuhrleute brachten die Ware aber nicht nach dem Bestimmungsort, sondern nach Lövenich bei Zülpich, wo sie die Sendung bei einem Hehler absetzten. Zollbeamten war die Einlagerung bekannt geworden. Als sie einschritten, waren nur noch 132 Zentner vorhanden. Die Beamten kamen aber noch rechtzeitig, um die vierköpfige Betrügerbande festzunehmen. Die Ermittlungen ergaben, daß bereits vor 2½ Jahren über 2500 Zentner nach Lövenich verschoben und dort abgesetzt waren. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Wegen Ermordung eines Geldbriefträgers zum Tode verurteilt.

⊙ Frankfurt a. M., 14. Januar.

In dem Prozeß gegen den 19jährigen Autoschlosser Willi Knirsch, der am 1. Dezember den Geldbriefträger Johann Hofmann durch einen Schuß in den Kopf getötet und beraubt hatte, wurde am Samstag nachmittag folgendes Urteil gefällt: Knirsch ist des Mordes und schweren Raubes schuldig und wird zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

In der Begründung wird ausgeführt, daß fraglos Erziehungsmängel, die in den späteren Jugendjahren zum Ausbruch gekommen sind, vorliegen, daß ferner durch das Bewußtsein, ein uneheliches Kind zu sein, Minderwertigkeitsgefühle geweckt wurden, die der Angeklagte durch einen stark ausgeprägten Geltungsdrang zu verdrängen suchte. Den schnellsten und sichersten Weg hierzu sah er in der Beschaffung größerer Geldmittel, die er durch den Kölner Raubmord an einem Geldbriefträger angeregt, ebenfalls durch einen solchen Raubüberfall zu erlangen glaubte. — Nach dem Urteil brach Knirsch schluchzend auf der Anklagebank zusammen.

★

+ **Münster, 14. Jan. Der „Orgelstimmer".** Die Kirchengemeinden werden hiermit vor einem auswärtigen Mann gewarnt, welcher von Beruf Klavierstimmer ist, sich aber zum Stimmen und Reparieren von Kirchenorgeln anbietet. Obschon fachunkundig zum Schaden für die Orgeln selbst, läßt sich dieser oftmals vorbestrafte Mensch für seine „Arbeit" oft erhebliche Beträge zahlen und gibt auch zuweilen an, im Dienste einer bekannten Orgelfirma zu stehen. In der letzten Zeit hat er auch verschiedentlich versucht, auf angeblich erhaltene Aufträge hin, Geld zu leihen. Den Kirchengemeinden und auch dem Publikum sei hiermit im eigensten Interesse geraten, bevor Arbeiten an Orgeln und Klavieren vorgenommen werden sollen, vorher Erkundigungen bei maßgebenden Personen einzuziehen.

+ **Bockum, 14. Jan. Tragischer Unglücksfall.** In der Wohnung des Invaliden L. Br. von hier spielten Kinder Tischtennis. Als ein Kind einen Ball schlagen wollte, traf der Schläger so unglücklich das Gesicht seines neben ihm stehenden Großvaters, daß das rechte Auge platzte und herausgenommen werden mußte. Auf dem linken Auge war der Großvater schon jahrelang sehr schwachsichtig, so daß durch diesen Unfall mit dem Verlust des Augenlichtes zu rechnen ist.

+ **Drensteinfurt, 14. Jan. Unfall.** Auf dem Davensberg befand sich der Revierförster K. auf einem Gang durch den Wald. Beim Ueberschreiten eines Grabens stürzte er, gleichzeitig ging sein eigenes Jagdgewehr los und die ganze Ladung zweier Schüsse, etwa 100 Schrotkörner, drang ihm in die linke Seite. K. kam ins Krankenhaus.

× **Wiesbaden, 14. Jan. Acht Verletzte bei einem Straßenbahnunfall.** Ein von Mainz kommender vollbesetzter Straßenbahnwagen sprang in der Kurve aus den Gleisen und fuhr gegen einen Mast der Oberleitung. Der Wagen legte sich schräg und wurde von dem Mast bis zur Hälfte durchschlagen. Aus dem zertrümmerten Wagen wurden acht Fahrgäste in verletztem Zustande geborgen und ins Krankenhaus gebracht.

Ein Priester für 60000 Seelen.

So führt Mexiko den Kulturkampf.

Jahre sind vergangen, seitdem der Heilige Vater in einem flammenden Protest an die gesamte Welt sich gegen die Greueltaten mexikanischer Kirchenfeinde wandte. Nach einem fast ununterbrochenen Kampfe, schweren Bestrafungen der höchsten katholischen Würdenträger, beispiellosen Grausamkeiten gegen unschuldige Katholiken, die sich nichts weiter zuschulden kommen ließen, als sich öffentlich zum Katholizismus zu bekennen, schien es einige Zeit lang, als ob auch sich in Mexiko langsam ein besseres Verhältnis von Gewalthabern und der katholischen Kirche anbahnen wollte.

Eine Kette unwürdigster, aber auch unglaublichster Gesetze und Verordnungen knebeln in Mexiko das kirchliche Leben und die katholische Schule. Jeder Geistliche muß Mexikaner sein. Aber er besitzt kein Wahlrecht, darf sich politisch überhaupt nicht betätigen oder organisieren, Besitz ist ihm verboten, er darf auch nicht erben und die leiseste Kritik an Staatsgesetzen oder Behördenmaßnahmen ist ihm untersagt. Das Unglaublichste wohl aber ist der Verfassungsartikel 130, der den einzelnen mexikanischen Staaten das Recht erteilt, die Zahl der Priester festzusetzen. Ein Erlaß des Staates Chiapas vom 6. 1. 1932 bestimmt, daß für diesen Staat nur ein Geistlicher auf 60 000 Seelen kommen dürfe. Der Staat Michoakan setzt gar die Gesamtzahl der Priester auf 33 fest.

Man muß nun wissen, was derartige Bestimmungen für ein so riesengroßes Land wie Mexiko mit einer weit verstreut lebenden, unter schlechten Verkehrsverhältnissen leidenden Bevölkerung zu bedeuten haben. Durch solche Bestimmungen wird praktisch die Seelsorge unmöglich gemacht und die Gewährung des letzten Trostes an die Katholiken sabotiert. Schwerste Strafen bis zu 6 Monaten Gefängnis bedrohen Priester wie Gläubige, die sich einer Uebertretung dieser Gesetze schuldig machen.

Genau so rigoros wie man gegen die katholische Ehe ankämpft und sie mit allen Mitteln durch die Zivilehe ersetzen möchte, kämpft man gegen die katholische Schule. In den Staaten Veracruz, Tabasco und Yucatan wurden alle Kirchen geschlossen und in Volksschulen umgewandelt. Ueber die Staatsschulen hinaus wird dieser Kampf ebenso erbittert gegen katholische Privatschulen fortgesetzt.

Ein solches Land nimmt dazu noch für sich in Anspruch, ein Kulturland zu heißen. Naturgemäß werden die europäischen Katholiken sich fragen, wie so etwas in einem Lande mit Volksvertretung und Volksrechten möglich ist — Mexiko wird seit der Abschüttlung der spanischen Herrschaft seit etwa 100 Jahren von Generälen, halb zivilisierten Soldaten und politischen Freimaurercliquen, vergewaltigt. Von ordentlichem Staatsleben, gesetzgeberischer Tätigkeit und gar Freiheit des Staatsbürgers kann da naturgemäß keine Rede sein. Und wir sehen auf absehbare Zeit noch keine Möglichkeit eines Wechsels in der furchtbaren Lage der mexikanischen Katholiken, die so treu und aufopfernd zu ihrem Glauben halten.

Die Helden von St. Leonhard.

Der Kampf des 3. Garde-Regiments um die Fahne.

Hagen, 14. Januar.

Zu unserer Meldung über die von dem französischen Obersten Guilleaume angeregte Rückgabe des unter der Leiche eines deutschen Soldaten gefundenen Fahnentuches des 3. Garderegiments erhält die „Hagener Zeitung" von einem ihrer Leser folgende Zuschrift über die näheren Umstände, unter denen die Fahne verlorenging:

„Als das 3. Garderegiment zu Fuß am Morgen des 26. September 1914 bei St. Léonard an der Marne die feindlichen Linien im tapferen Stürmen durchstoßen hatte, gelangten die vordersten Teile zunächst an den Bahndamm der Linie Reims—Mourmelon. Hier hielt der Feind zunächst noch tapfer stand. Kurze Zeit darauf wurde die Fahne des II. Bataillons oberhalb der beiden Ringe zerschmettert. Der Fahnenträger (ein Sergeant) der 5. Kompagnie nahm jetzt den oberen Teil, der Begleitunteroffizier der gleichen Kompagnie den unteren Stock mit den beiden Ringen."

„Die Fahnengruppe war mit der Fahne zunächst hinter dem Bahndamm geblieben. Als aber vom Bataillon der Befehl kam, alle Unterstützungen einzusetzen, ging die Fahnengruppe ebenfalls vor. Hierbei kam der Begleitunteroffizier, als er einen Verwundeten verbinden wollte, in dem dichten Nebel von den anderen ab und brachte am Abend also nur den unteren Teil der Fahne zurück. In dieser Form wurde die Fahne weitergeführt."

„Der Sergeant, der den oberen Teil trug, wurde tödlich verwundet und starb auf dem Schlachtfeld. Das Fahnentuch blieb zunächst bei ihm liegen. Später krochen ein Unteroffizier und ein Gefreiter der M.-G.-Kompagnie zu ihm, um ihn zu holen. Es war ungefähr gegen 10 Uhr morgens. Von der Stange saß nur etwa ½ Meter noch am Fahnentuche fest. Bei einem Stellungswechsel nach vorn versuchte der Unteroffizier, den Fahnenteil mitzunehmen, was sich aber als unmöglich herausstellte. Es wurde deshalb einem Grenadier der 6. Kompagnie übergeben. In der neuen Stellung lag der Grenadier etwa 30 Meter vom M.-G. entfernt und wurde dort am Nachmittag verwundet. Als am Abend der Befehl zum Zurückgehen kam, rief der Unteroffizier dem Verwundeten zu, das Fahnentuch mitzubringen. Es war wegen des starken gegnerischen Feuers eine Bewegung vom M.-G. zu dem Verwundeten unmöglich."

„Beim Zurückgehen sah der Unteroffizier, wie der Verwundete das Fahnentuch von der Stange löste und an seiner Brust verbarg. Erst um 10 Uhr abends waren ein Feldwebel und ein Unteroffizier der M.-G.-Kompagnie in der Lage, nach beim Verbleib des Tuches zu forschen. Im schwersten Feuer suchten sie vergeblich. Der tapfere Verwundete scheint sich trotz seiner Verwundung zurückgeschleppt zu haben, um die Fahne zu retten. Da das Schlachtfeld durch das brennende Dorf St. Léonhard hell erleuchtet wurde, wurden die Suchenden stark beschossen. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Verwundete nochmals schwer verwundet wurde und dabei in treuer Pflichterfüllung starb. Er deckte mit seinem Leibe noch im Tode das Ehrenzeichen und hat dadurch verhindert, daß das Fahnentuch während des Krieges in Feindeshand fiel."

„Nach dem Kriege gelang es, den Verbleib des Fahnentuches festzustellen. Es befindet sich in Paris im Armee-Museum. Das Tuch ist zum Teil vermodert und wird in einem Glasschrank aufbewahrt, der folgende Inschrift trägt: „Garde-Regiment zu Fuß Nr. 3, Füsilierbataillon. Fahne, vergraben gefunden unter einem toten Deutschen am 20. Januar 1920 bei Saint Léonhard (Marne)."

Die Geschichte des Verlustes der Fahne des II. Bataillons des 3. Garde-Regiments spricht für die Tapferkeit der Träger dieses Ehrenzeichens eine so beredte Sprache, daß die Franzosen die vom Oberst Guillaume vorgeschlagene Rückgabe des bei Umbettungsarbeiten bei der Leiche ihres Trägers „gefundenen" Fahnentuches verwirklichen sollten. Eine Gelegenheit wie diese, ihre ritterlichkeit zu zeigen, kehrt so bald nicht wieder. Wenn in der deutschen Presse mehrfach darauf hingewiesen wird, daß es sich um eine Fahne des 3. Garde-Regiments handele, das Generalfeldmarschall von Hindenburg befehligt habe, so liegt hier ein Irrtum vor. Der Feldmarschall ist niemals Kommandeur dieses Regiments gewesen. Wohl aber steht er à la suite dieses Truppenteils und trägt daher die Uniform des 3. Garde-Regiments zu Fuß, bei dem er als junger Offizier gestanden und in dessen Reihen er am Feldzuge von 1870-71 teilgenommen hat.

★

Wird Frankreich ritterlich sein?

)(Paris, 14. Januar.

Im französischen Kriegsministerium erklärte man am Sonnabend morgen, daß sich Ministerpräsident Paul-Boncour und Kriegsminister Daladier persönlich mit der Frage der Fahne von St. Leonhard beschäftigt hätten. Es sei wahrscheinlich, daß sie im Sinne des Reichspräsidenten geregelt werde. Ein offizieller Beschluß liege jedoch noch nicht vor. Es sei sehr wahrscheinlich, daß sich der Ministerrat schon gelegentlich seiner nächsten Zusammenkunft damit beschäftigen werde.

Sintflut und Archäologen.

In den Einöden des Irak beginnt in diesen Tagen eine neue Expedition ihre Arbeit. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, die lang vergeblich gesuchte Stadt Agade, die Residenz des nordbabylonischen Königs Sargon des Großen, zu finden. Die Vertreter der biblischen Archäologie sehen den Ereignissen dieser neuen Expedition mit gespannten Erwartungen entgegen und erhoffen von ihr besonders die Aufklärung einer der umstrittensten Fragen der biblischen Geschichte, der Frage nämlich, ob die große Flut, von der in den assyrischen Keilschriften die Rede ist, mit der Sintflut der Bibel identisch ist.

Agade ist eine der großen Rätsel, die uns die babylonische Geschichte aufgibt. Die vielen Steinschriften, die in Kisch und Ur gefunden wurden, bezeugen, daß es das mächtigste Bollwerk der ältesten Zeit gewesen, von dem man weiß. Es war die Hauptstadt Sargons des Großen, der ersten großen Erscheinung der semitischen Dynastien, der von dort aus die ausgedehnten Zivilisationen des Euphrattals und Kleinasiens beherrschte. Man nimmt an, daß er die Dynastien der Sumerer von Kisch überwältigte und seine Hauptstadt nach Agade verlegte. An Versuchen, den Sitz dieser sagenhaften Stadt zu bestimmen, hat es nicht gefehlt. Die Expedition des Oxford-Field-Museum nahm im vergangenen Jahr dort umfangreiche Ausgrabungen vor, aber wenn auch bedeutsames Material dabei ans Licht gefördert wurde, so fand man doch keine Spur von Agade selbst. Gestützt auf ihre theoretischen Studien des Geländes leben die Leiter aber noch heute der Ueberzeugung, daß sie jetzt endlich auf der rechten Spur sind. Wie Sir Charles Marston, ein englischer Forscher, dem Berichterstatter eines Londoner Blattes bei dieser Gelegenheit auseinandersetzte, beschäftigte zurzeit die Archäologie nichts so intensiv wie die Frage, ob die Sintflut um 2400 v. Chr. Ereignis wurde, wie die hebräische Bibel angibt, oder um 3200 v. Chr. wie die Septuaginta, die alexandrinisch-griechische Uebersetzung des Alten Testaments meldet. Professor Langdon, der Assyriologe der Universität Oxford, der die Keilschrifttafeln von Kisch und anderer Orte ausführlich durchforscht hat, neigt auf Grund der Ergebnisse dieser Studien zur Ansicht, daß das frühere Datum zuverlässiger sei. Die Ausgrabungen in Kisch haben obendrein die unverkennbaren Spuren einer sumerischen Stadt aufgedeckt, die um diese Zeit durch das Hereinbrechen der Fluten vernichtet wurde. Der von dem Wasser erreichte Pegelstand kann noch heute klar und einwandfrei erkannt werden. Darunter liegen die Trümmer der sumerischen Wohnungen und Paläste.

Uebrigens nimmt man an, daß die Semiten, die Agade zu dem festen Bollwerk ausbauten, die Nachkommen Sems, eines der Söhne Noahs, sind. Dann aber könnte vor dem Eintreten der Sintflut dort keine semitische Rasse ansässig gewesen sein. Wenn man die Zeitangabe der Bibel als richtig annimmt, so mußten das Volk, das Agade gründete und in dieser großen babylonischen Niederlassung lebte, die Sumerer gewesen sein. Steht man auf diesem Standpunkt, so ist es bezeichnend, daß vor etwa 3000 v. Chr. keine Berichte über eine spezifisch semitische Rasse vorliegen. Sie erscheinen erst mit dem Auftreten Sargons etwa 2750 v. Chr. Wenn man dieses neue Datum für das Auftreten der Sintflut festgestellt wissen will, dann klafft aber in der Erzählung der Genesis eine große Lücke. Man hofft, daß die jetzigen Ausgrabungen an der Stelle, wo man Agade vermutet, dazu beitragen werden, dieses Problem endlich der Lösung näherzubringen.

Gördelers gemäßigter Optimismus.

— Hamburg, 13. Januar.

Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördeler, der bisherige Reichskommissar für die Preisüberwachung, sprach am Freitag abend im Hamburger Ueberseeklub. Der Redner unterstrich mit Nachdruck, daß inflationistische und devalvatorische Maßnahmen ebenso wie die Autarkie als Heilmittel für uns abzulehnen seien. Der Weg harter Sparsamkeit sei zwar der dornenvollere, aber der einzig mögliche. Dazu bilde die Preisüberwachung ein Teilmittel. Die Grundlagen für einen gesunden Aufbau seien gegeben, wenn wir die Nerven behielten. Er betrachte die heutige Lage indessen keineswegs ungünstig, wenn man die zweifellos erreichte Angleichung zwischen Erzeugung und Bedarf ausnutzt und wenn es gelinge, den öffentlichen Etat nach der Befreiung von der Reparationslast ins Gleichgewicht zu bringen. Dieses Gleichgewicht zu erreichen, betrachte er als die entscheidendste Aufgabe der öffentlichen Verwaltung für das Volk. Der allgemeine wirtschaftliche Aufstieg müsse dann automatisch folgen. Für den Uebergang gelte es, vor allem soziale Spannungen auszuschalten. Zum Schluß richtete der Redner an die politischen Parteien den dringenden Appell, unaufschiebbare Forderungen gutzuheißen und sich in Besonnenheit zusammenzufinden, um wenigstens ein Experiment und damit Beunruhigung zu vermeiden.

Laval gegen Hoover.

× London, 14. Januar.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" hatte eine Besprechung mit Laval über die Washingtoner Meldung der „Times", in der die Ansicht Hoovers über seine Schuldenbesprechungen mit Laval wiedergegeben war. Laval erklärte, daß er noch nicht Zeit zum genauen Studium der Meldung gehabt habe, aber zur gegebenen Zeit eine Erklärung über den Inhalt des Hoover-Laval-Berichtes über ihre Besprechungen abgeben werde. Seine Ansicht nach sei dieser Bericht allein für die Kriegsschuldenfrage gültig. Der in der gemeinsamen Erklärung bezeichnete Ausdruck „Regierungsverpflichtungen" schließe Reparationen und Kriegsschulden in sich ein. Hoover habe sich auf Grund dieses Textes zu einer Verlängerung des Moratoriums verpflichtet. Laval erklärte ferner, daß er das Moratorium seinerzeit nur unter der Bedingung der Einzahlung der ungeschützten Reparationen bei der BIZ. angenommen habe, womit sich die französische Regierung die Priorität der Reparationen über die Kriegsschulden gesichert habe. Er habe die offensichtliche Folgerung ungesprochen gelassen, daß eine derartige Priorität der Einstellung der Kriegsschuldenzahlungen mindestens so lange in sich einschließe, wie Reparationszahlungen nicht geleistet werden.

Aus der Heimat

Bocholt den 16. Januar 1933

Sonntagsbilder

Das war ein prächtiger Wintertag, wie wir ihn in unseren Breiten nicht zu oft erleben. Das regnerisch-kühle, zeitweise diesige Wetter des letzten Jahresviertels ist endlich dem echten Winter gewichen. Herbkalte Luft befreit Kopf und Herz von der Schwere der Alltag sorgen. Wir freuen uns der schönen Gottesnatur, da sie uns Frische atmen läßt. Und nach dem erfrischenden Sonntagsspaziergang sitzt sich's gemütlich am wärmenden Herd. Wer diese Heimstatt hat, mag Gott danken und all der notleidenden Mitbürger gedenken, die ein unverdientes Geschick um Lebenshoffnung und Daseinsfreude bringt; der wird auch an die „Winterhilfe" denken!

*

Auch der Bocholter kennt in der näheren und weiteren Umgebung seiner Vaterstadt manch Fleckchen Erde, das mit seiner naturhaften Schönheit eine Sonntagserholung gönnt. Schon der sonnige Sonntagmorgen sah manchen Spaziergänger; die Heimat unter starrer Winterkruste hat auch ihre Reize. Die Ausflugstätten der Umgegend waren wieder ein Ziel für Jung und Alt, um einige gemütliche Unterhaltungsstunden zu genießen.

*

Die Veranstaltungen des Sonntags sollen in Einzelberichten gewürdigt werden. An leichterer Kost boten die Lichtspieltheater Gutes und wiesen an einem Tage wie dem gestrigen naturgemäß einen stattlichen Besuch auf. Die Sportplätze sahen zahlreiche Zuschauer, die sich für ein interessantes Spiel gern durchlüften ließen. In den verschiedenen Lokalen gab es nette Unterhaltungs- oder Tanzmusik, mit der sich besonders die Jugend für ihr geringes Taschengeld in unbeschwerte Sonntagsstimmung brachte.

*

Am Samstagabend sprach Kaplan Fahsel im Vereinshaussaal über „Das doppelte Paradies" und gab in seinem tiefschürfenden Vortrag eine meisterhafte Erklärung des Weltgeheimnisses, wie es sich im Denken eines Künstlers geformt hat.

Schulgeldbefreiung für Kriegerhinterbliebene

Der Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat in einem Erlaß eine Befreiung bedürftiger und würdiger Kriegerhinterbliebenen von der Entrichtung des Schulgeldes für den Besuch der gewerblichen Fachschulen ermöglicht. Die Regierungspräsidenten werden ermächtigt, im Einverständnis mit dem Finanzminister das Schulgeld von vornherein und über die sonst nach dem Kassenanschlag feststehende Grenze von 10 v. H. der Ist-Einnahme an Schulgeld hinaus ganz oder teilweise ausnahmsweise solchen Kriegerhinterbliebenen zu erlassen, die nach ihrer Vorbildung und nach sachverständiger Berufsberatung sowie nach dem Urteil der Lehrkräfte der Anstalt sich zum Besuch der Fachschule eignen.

—* **Betrifft Markenmilch.** Ein „Markenmilchverband" für die Rheinprovinz ist am Sonntag in Köln in einer von etwa 100 Marken- und Vorzugsmilcherzeugern besuchten Versammlung gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Gutsbesitzer Hölken vom Hagerhof bei Honnef gewählt.

Rees

Verband rheinischer Rotbuntzüchter. Der Vorstand der Rindviehstammzucht-Genossenschaft des Kreises Rees nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu der Gründung des Verbandes der rheinischen Rotbuntzüchter. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses wurde anerkannt. Die jüngeren Zuchtgebiete versprechen sich von der Verbandstätigkeit ein Wachsen ihrer Mitgliederzahl, während das Hochzuchtgebiet eine Förderung des Absatzes erwartet. Nach längerer Aussprache wurde die Gründung des Verbandes und der Erwerb der Mitgliedschaft für die Zuchtgenossenschaft Rees als bedeutungsvoll anerkannt. Die eigene Herdbuchstelle soll als Sammelstelle für Unterlagen des Zentralherdbuches weiter bestehen bleiben. Der Vorsitz des Provinzialverbandes Rheinischer Rotbuntzüchter ist der RStG Rees angeboten. Da der Vorsitzende, Herr Moritz Baumann, ablehnte, soll Herr Th. Baumann, Sandenhof, in Vorschlag gebracht werden. Die Bewertung der Bullen für die Anwartschaft auf Erhaltungsprämien soll in Verbindung mit der Stammbuchaufnahme für Jungbullen im Februar d. J. erfolgen.

Steuerzuschläge. Durch Beschluß des Bezirksausschusses 2. Abteilung in Düsseldorf vom 1. Dez. 1932 II. C 1240-32-1 ist in der Stadtverordneten-Sitzung vom 5. August 1932 beschlossene Umlage von 250 % zu den Steuergrundbeträgen der Grundvermögenssteuer, 525 % zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbeertragssteuer, 925 % zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbekapitalsteuer genehmigt.

Haldern

In der Generalversammlung der DJK gab Vorsitzender Dickerboom einen Bericht über das verflossene Jahr. Von den Meisterschafts- und Freundschaftsspielen der 1. Mannschaft wurden im verflossenen Jahre 15 gewonnen, 3 Spiele endeten unentschieden und 3 Spiele gingen verloren. Von den Meisterschafts- und Freundschaftsspielen der Jugendmannschaft ist mitzuteilen, daß diese 18 Spiele gewonnen hat, 1 Spiel endete unentschieden und 2 Spiele gingen verloren. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Alsdann fand die Vorstandswahl statt. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes, sowie auch der Schriftführer sind einstimmig wiedergewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Lehrer Karl Janßen vorgeschlagen, der das Amt annahm, da er ja auch der Leiter des hier seit einiger Zeit bestehenden Turnvereins ist und so enger mit der DJK verwachsen ist. Die Gründung einer 2. Mannschaft sowie Schüler-Abteilung wurde durchgeführt.

Die Schüler der landw. Schule Haldern veranstalten Donnerstag im Saale Meyboom einen Familienabend. Die Vorbereitungen lassen darauf schließen, daß ein schöner Abend zustandekommt.

Isselburg

Holzverkauf. Die Fürstl. Salm-Salmsche Forstverwaltung läßt Mittwoch den 18. Januar, nachm. 2 Uhr, Holz des Forstreviers Schüttenstein in der Wirtschaft Langenberg versteigern.
Sonsfeld.

Sonsfeld

Holzverkäufe. Herr Paul Velsinger in Sonsfeld wird am Dienstag den 17. Januar, nachm. 1 Uhr, in der Colenbranders Bleckhorst, am 19. Jauar, nachmittags 2 Uhr, für Frau Bernhard Ridder, Wertherbruch, in deren Waldbestande, Nähe Kemperhof, Wittenhorst, und für Rittergut Sonsfeld am Freitag, 27. Januar, vorm. 10 Uhr, in Rauhenhorst, Holz versteigern.

Vorschau

Die rheinische Landwirtschaftskammer

wird zu einer Hauptversammlung am 25. ten. Auf der Tagesordnung steht: Wahlprüfungen, Satzungsänderung, wonach fortan zwei stellvertretende Vorsitzende (bisher nur einer) zu wählen sind, Wahl dieses zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, Abnahme der Jahresrechnung 1930, Vorlage des Rechnungsabschlusses 1931, Festsetzung des Haushaltplanes 1933. Am andern Vormittag um 9 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt. Der Vorsitzende, Frhr. v. Lüninck, wird seinen üblichen Bericht über die allgemeine Lage der rheinischen Landwirtschaft geben, sodann sind vorgesehen Berichte über die Lage der Rindviehzucht und Milchwirtschaft im Niederungsgebiet (Landwirt Kolkmann, Riep bei Bluyn) und im Höhengebiet (Molkereivorsteher Schmidt, Ohlweiler), über die Notlage von Obst-, Gemüse- und Gartenbau (Gemüsezüchter Abers, Düsseldorf-Volmerswerth), über die Lage des Weinbaues (Gutsbesitzer Frhr. v. Schorlemer, Lieser), über die Katastrophe der Waldwirtschaft (Graf von Westerholt, Burg Ariendorf), über die Fortschritte der genossenschaftlichen Bezugs- und Absatzeinrichtungen (Verbandsdirektor Thoma, Köln), über das landwirtschaftliche Meliorationswesen in Verbindung mit dem freiwilligen Arbeitsdienst (Rittergutsbesitzer B. Heuser, Haus Dürffenthal) und endlich über Maßnahmen der kommunalen Verwaltungs-Reform (Guts- und Brennereipächter Dreckmann, Kappelerhof bei Benrath).

Spiel und Sport

Der Sport der D.J.K.

Blau-Weiß Wesel : Sportfr. Bocholt 2:3 (0:1)

Die Blauweißen enttäuschten ihre Anhänger. Bocholt ging durch harte Elfmeterentscheidung in Führung. Nach der Pause erzielten beide Parteien noch zwei Tore. Trotz teilweise überlegenem Spiel gelang den Platzbesitzern nicht der Ausgleich.

Ref. Blau-Weiß : Ref. Sportfreunde 3:0

Die Reserve bewies erneut ihre gute Form und brachte dies durch 3 Tore zum Ausdruck.

Lehrm. Blau-Weiß : 2. M. Blau-Weiß 1:2

Wider Erwarten schlug die Zweite die klassenhöhere Lehrmannschaft verdient.

*

Rot-Weiß Wesel Feldm. : Rheinperle Bislich 2:1

Rot-Weiß 2. : Eintracht Bocholt 2. für Feldmark gewonnen.

Rot-Weiß 1. Jgd. : Grün-Weiß Friedrichsfeld 1. J. 1:0

Die Sonderklassigen am Sonntag

Gruppe A:

Sp. Fr. Krefeld : Union Krefeld 1:4

Sp. V. Homberg : Duisburg 08 2:0

Duisburg 00 : Duisburger Sp. V. 1:1

Gruppe B:

Sp. Vgg. Sterkrade : BfB Speldorf 2:1

Sp. Vgg. Oberhausen Styrum : Sp. V. Osterfeld 1:2

Sp. Vgg. Meiderich 06 : BfB Bottrop 1:0

Die erste Klasse im Punktekampf

Gruppe 3:

Weseler Sp. V. : Dinslaken 09 2:1 (1:0)

Man war enttäuscht über die schwachen Leistungen des Weseler Sturms. Das Resultat ist für die Rothosen höchst schmeichelhaft, zumal das entscheidende Tor, trotz angeblichen Handmachens des Schießenden, vom Schiedsrichter gegeben wurde.

Olympia Bocholt : Bocholt 26 3:1

Wie erwartet, siegten die Grünweißen auf eigenem Gelände. Die 26er bilden nunmehr den Tabellenschwanz.

Sterkrade-Nord : Emmerich 09 2:3

09 stellte sich in bester Verfassung in Sterkrade vor und siegte nach hartem Kampfe mit obigem Resultat.

Alstaden 09 : Sp. Cl. Osterfeld 2:1

Die Ueberraschung des Sonntags ist die Niederlage des Spielklubs, der unter Form spielte. Alstaden machte sich vom Tabellenende frei.

Viktoria Wehofen : Rhenania Bottrop 1:1

Die Rhenanen trotzten den Wehofenern auf eigenem Gelände einen wichtigen Punkt ab.

Rheingold : VfB Ruhrort (Gef.-Sp.) 1:7

*

Sp. u. Sp. Rhede : TV Phönix Bocholt 2:4!!

Sp. V. Werth : Sp. V. Isselburg 0:4

Bienen : Biemenhorst

Angeblich wegen zu späten Antretens ausgefallen.

Mannschaftskampf in Boxen

Athl. Sp. V. 94 Bocholt : Boxring 31 Essen-Karnap 13:5

Federgewicht: Kochir (E.) : Look (B.) Sieger: der Bocholter durch techn. k. o.

Bantamgewicht: Smerka (E.) : Bußkamp (B.) Sieger: S. nach Punkten.

Leichtgewicht: van der Laak (E.) : Holten (B.) H. wird Punkt-Sieger.

Mittelgewicht: Hegekamp (E.) : Uebbing (B.) Letzterer Sieger nach Punkten.

Fliegengewicht: Bramberger (E.) : Loschke (B.) Sieger der Einheimische durch k. o.

Weltergewicht: Wallner (E.) : Frericks (B.) W. Sieger durch techn. k. o.

Mittelgewicht: Balschun II (E.) : Raab (B.) Punktsieger Raab.

Mittelgewicht: Balschun I (E.) : Koppers (B.) Unentschieden.

Halbschwergewicht: Holthausen (E.) : Büllings (B.). Letzterer siegt nach Punkten.

Einlagekampf im Mittelgewicht: Büllings II : Schlatt, beide Bocholt, Sieger: Schl. nach Punkten.

Ein schöner Erfolg.

Die Athl. Sp. V. 1894 Bocholt wurde beim Gau-Mannschaftsstemmen in Düsseldorf 3. Sieger mit dem Gesamtgewicht von

4110 Pfund

Internationaler Boxkampf

in Goch

12:10 für Holland

Samstag fand im Saale André (Bierstall) in Goch ein großer internationaler Boxkampftag statt. Ueber 1300 Anwesende schauten den hochinteressanten Kämpfen der Olympioniken und der deutschen und holländischen Amateur-Favoriten zu. Die Erwartungen des Abends wurden auch in der Tat überboten.

Der Vorsitzende des ABC Goch, Becker, begrüßte die Zuschauer, insbesondere den Bürgermeister Dr. Kaut (Goch) und andere Prominente, darunter den niederländischen Konsul in Cleve, Jürgens.

Bürgermeister Dr. Kaut hob in seiner Begrüßungsansprache die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarländern hervor. Der Vorsitzende des holl. Boxerverbandes, Rasenberg (Eindhoven) dankte für die freundliche Aufnahme u. wünschte der Veranstaltung einen fairen Verlauf. Der Vors. Mooffer vom Westd. Boxerverband beglückwünschte den ABC Goch zu dieser Veranstaltung und sprach die Hoffnung aus, daß auch der Boxsport sich zum Volkssport entwickeln möge.

Nachdem dann zum Schluß der Eröffnungs- und Begrüßungsanschrachen der Vorsitzende Becker allen Stiftern und Firmen herzlichst gedankt hatte für die außerordentlich schönen und wertvollen Geschenke, gingen die einzelnen Kämpfe vonstatten.

Weltergewicht: Tristam (Goch) : v. d. Heyden (Eindhoven). Sieger: Tristam nach Punkten.

Fliegengewicht: Tellemann (Goch) : Houdyk (s'Hertogenbosch) ostholländischer Meister. Sieger: Tellemann nach Punkten.

Federgewicht: Burmann (Goch) : Meurer (Haag). Sieger: Meurer nach Punkten.

Mittelgewicht: Fontes (Goch) : Castrop (Haag). Sieger: Castrop nach Punkten.

Weltergewicht: Franz (Duisburg) : Ameling (Rotterdam). Sieger: Franz nach Punkten. Franz war seinem Gegner in jeder Runde überlegen und wurde Hochpunktsieger.

Leichtgewicht: Nowick (Oberhausen) : Rasenberg (Eindhoven). Sieger: Rasenberg nach Punkten.

Bantamgewicht: van Enderen (Goch) : Niewenburg (Haag). Sieger: Niewenburg nach Punkten.

Weltergewicht: Becker (Goch) : Wybinga (Surabaja) holl.-indischer Meister. Sieger: Wybinga nach Punkten.

Leichtgewicht: Kartz (Oberhausen) deutscher Olympiakämpfer : Baan (Rotterdam) Meister von Holland und Olympiakämpfer. Sieger: Kartz nach Punkten.

Halbschwergewicht: Berger (Duisburg) deutscher Olympiakämpfer : Goojer (Haag). Sieger: Berger nach Punkten.

Mittelgewicht: Storm (Duisburg) westdeutscher Meister und zweiter Meister : Wichmann (Rotterdam) Meister von Holland. Sieger: Wichmann nach Punkten.

Ein Sonder-Ehrenpreis der Margarine-Union Goch für die bozerisch beste Leistung wurde durch das Schiedsgericht dem Halbschwergewichtler und deutschen Olympiakämpfer Berger (Duisburg) zugesprochen.

Erlebnis eines Kevelaerpilgers

Ein Pilgersmann hat Kevelaer
Als Reiseziel genommen,
Um dem Gelübde vor dem Tod
Rechtzeitig nachzukommen;

Und als er wochenlang gereist
Auf Stiefelmachers Rosse,
Steht er in einer Residenz,
Dicht vor dem Herzogsschlosse.

Er tritt dort ein; ach Böses führt
Er wahrlich nicht im Schilde;
Nur für ein großes Pilgerhaus
Hält er das Prachtgebilde.

An einer Seitengallerie,
Da hält er an die Schritte,
Und breitet seinen Mantel aus
Dicht vor des Weges Mitte,

Und schickt sich an zum Nachtgebet
In vorgerückter Stunde;
Da macht des Herzogs Gardekorps
Im Schlosse seine Runde.

Der Irrtum ist dem Pilgersmann
Nicht grade gut bekommen;
Beinahe hätt' ein Korporal
Den Alten festgenommen.

Man quält des Pilgers gutes Herz
Mit ganz verzwickten Fragen;
Nur, daß der Pilger sich geirrt,
Das läßt sich keiner sagen.

Der Herzog nach dem Abendschmaus
Verschafft sich jetzt Bewegung,
Und trifft die Schloßpatrouille an
In heftigster Erregung.

Man ruft ihm zu, der Pilger hab'
Im Schlosse nichts verloren,
Er sei ein ungebet'ner Gast
Und frech und unverfroren.

Man dürfe nicht, hab' er gesagt,
Den Zutritt ihm verwehren;
Denn nur ein altes Pilgerhaus
Sei dieses Schloß der Ehren.

Der Herzog ruft laut lachend aus:
„Der Mann ist nicht bei Sinnen!
Wie könnt er sonst mein Fürstenschloß
Mit Toren, Türmen, Zinnen

Und Statuen just sehen an
Für eine Pilgerklause,
Und sich gebar'n, als wäre er
In diesem Schloß zuhause!"

„Gestatte — spricht der Pilgersmann —
Mir hochgeneigt die Frage,
Wer in dem schönen Fürstenhaus
Verlebt jetzt seine Tage!"

Der Herzog antwortet, indem
Er herzlich lacht aufs neue,
Daß er in dieser Herzogsburg
Sich seines Lebens freue.

„Wem hat das Schloß vorher gehört?"
Fragt nun der Pilger leise.
„Dem Vater", ward zur Antwort drauf
Dem frommen Pilgergreise.

„Und wer hat es denn hergestellt?"
Lautet die dritte Frage.
„Mein Ahnherr hat das Schloß erbaut
Nach einer alten Sage."

„Wer darf ergreifen denn Besitz
Nach dir von Schloß und Throne?"
Des Herzogs Antlitz sich entfärbt —
„Es wird geerbt vom Sohne."

Der Pilger sieht den Herzog an
Mit ernsthafter Gebärde,
Und klagt nun an die Eitelkeit
Des Glücks auf dieser Erde.

„Nimm diese Lehre — spricht er dann —
Dir nun zu Nutz und Frommen!
Ein Haus, das soviel gehen sah
Und ebensoviel kommen,

Und wenn du's nennst dein Fürstenschloß —
Das merke wohl und lerne —
Ist nichts als nur ein Wandrerhaus
Für müde, heimatferne

Und leidbelad'ne Pilger, die
Ins Land der Sehnsucht wallen,
Und alle Schlösser sind wie deins:
Nur Pilgerreisehallen!"

Hermann Bitter.

Verantwortlich: Für Politik Chefredakteur Dr. Maser, für Westdeutschland F. W. Schulze in Dortmund. Für den lokalen Teil: H. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: St. Isopp, beide in Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Druck: „Zeno" G.m.b.H., Münster i. W.